



---

# Pfändungsticker – News aus der Vollstreckung



# Agenda

1. Änderungen in der Kostenordnung
2. geplante Änderungen im LVwVG
  - „wichtige“ Änderungen
  - „weniger wichtige“ Änderungen
3. Sonstiges



# Änderung der LVwVVGKostO

- Inkrafttreten am 01.05.2025
- Modernisierung des Vollstreckungsgebührenrechts weiterhin erforderlich




# Geplante Änderungen im LVwVG

---

# Vorbemerkung

Die nachfolgenden Ausführungen  
basieren auf dem **Gesetzentwurf**  
**mit Stand vom 29. Oktober 2024**



Es ist nicht ausgeschlossen,  
dass es weitere bzw. andere  
Änderungen geben kann bzw.  
gestrichen werden



# „wichtige Änderungen“

---



# § 5 LVwVG - Vollstreckungshilfe

- **Neuer Absatz 6:**

Zur Durchführung von Vollstreckungsmaßnahmen können die Vollstreckungsbehörden Auskunfts- und Unterstützungersuchen an die zuständige Polizeidienststelle stellen. § 757a der ZPO gilt entsprechend.



# Regelungen des § 757a ZPO



**Abs. 1: Auskunftersuchen,**  
ob nach polizeilicher  
Einschätzung eine Gefahr  
für Leib oder Leben besteht



**Abs. 2: Angaben im**  
**Auskunftersuchen:**



Art und Ort der  
Vollstreckungshandlung



Vorname und Name des  
Schuldners



soweit bekannt  
Geburtsname, -datum, -ort  
des Schuldners



Wohnanschrift des  
Schuldners





# Regelungen des § 757a ZPO

- **Abs. 3:** Sofern nach polizeilicher Auskunft eine Gefahr für Leib und Leben besteht, kann deren Unterstützungssersuchen angefordert werden
- Auskunfts- und Unterstützungssersuchen können *zusammen gestellt* werden
- **Abs. 4:** Direkte Möglichkeit eines Unterstützungssersuchens wenn
- tatsächliche Anhaltspunkte für Gefahren vorliegen
- sich die Gefahr aus der Art der Vollstreckungshandlung ergibt



# Regelungen des § 757 a ZPO

- Abs. 5: Über die Durchführung eines Auskunfts- oder Unterstützungersuchens ist der Schuldner unverzüglich nach Erledigung des Auftrags in Kenntnis zu setzen.
- → *Im Vollstreckungsprotokoll!? Niederschrift ergänzen*



## § 8 LVwVG – Vollstreckung zur Nachtzeit sowie an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen

**Bisher**



Sommer 21.00 – 4.00  
Uhr



Winter 21.00 – 6.00  
Uhr



## § 8 LVwVG – Vollstreckung zur Nachtzeit sowie an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen

Zukünftig einheitlich von 21.00 bis 6.00 Uhr

Hä?

- Angleichung an andere Gesetze wie z.B. StPO, AO, VwVG Bundesgesetz
- **Grund:** BVerfG 1 BvR 1019 – 2 BvR 675/14: Geänderte Lebensverhältnisse in der **modernen Arbeitsgesellschaft** sowie verfassungsrechtliche Anforderungen von Ruhezeiten bei nächtlicher Wohnungsdurchsuchung.



## § 25 - Ermittlung der Vermögensverhältnisse

- Grundsätzliche Ermittlungsbefugnis
- Erhält klarstellende Regelungen, dass neben der Vermögensermittlung gleichzeitig Anschriften (Haupt- und Nebenwohnungen) ermittelt werden dürfen



## 25d – Verfahren zur Abnahme der Vermögensauskunft

- **Neuer Absatz 3:**
- Vollstreckungsbehörde kann bestimmen, dass die Abgabe der VA **in der Wohnung des Schuldners** stattfindet.
- Der Schuldner kann dieser Weise binnen einer Woche widersprechen
- Widerspricht er nicht und gibt die VA nicht ab, gilt der Termin als pflichtwidrig versäumt



## § 25d – Verfahren zur Abnahme der Vermögensauskunft

- **Gründe für die Ergänzung:**
- Bedürfnisse der Vollstreckungspraxis wegen Vorlage der erforderlichen Unterlagen
- Interesse des Schuldners wegen Gesundheit, Alter, mangelnder Verkehrsanbindung



## § 25e - Antrag auf Erzwingungshaft

- **Bisherige Gründe für den Antrag auf Erzwingungshaft:**  
Schuldner ist dem Termin ohne ausreichende Entschuldigung ferngeblieben
- Schuldner nimmt den Termin wahr, weigert sich aber, die Vermögensauskunft abzugeben
- **Neue Ergänzung:** Wenn der Termin nach § 25d Abs. 3 als pflichtwidrig versäumt gilt





## § 25f – Eintragung in das Schuldnerverzeichnis

- **Ergänzung Abs. 4 Satz 4:** Wird der Vollstreckungsbehörde vor Übermittlung der Eintragungsanordnung bekannt, dass die Voraussetzungen für die Eintragung nicht (mehr) vorliegen, wird die Eintragungsanordnung aufgehoben und der VS unterrichtet.



## § 25h – Verwendung steuerlich geschützter Daten

- Die Vollstreckungsbehörde darf ihr bekannte, **nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 des KAG in entsprechender Anwendung des § 30 der AO** geschützte Daten, die sie bei der Vollstreckung wegen kommunaler Steuern und steuerlicher Nebenleistungen verwenden darf, auch bei der Vollstreckung wegen anderer Geldleistungen als Steuern und steuerlicher Nebenleistungen derselben Vollstreckungsschuldner verwenden



## § 25h – Verwendung steuerlich geschützter Daten

- Änderung des § 30 Abs. 4 Nr. 2 AO in 2017: Durchbrechung Steuergeheimnis nur durch **Bundesrecht**
- Mithin war die Nutzung der nach § 30 AO nicht zulässig, auch wenn das Landesgesetz dies erlaubt hätte
- Mit der jetzigen Regelung ist es nun (nur noch) möglich, den § 30 durch den Verweis im KAG für Landes-/ Kommunalsteuern zu verwenden

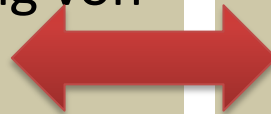
# Unterscheide

## AO im Bundesrecht

- § 30 Abs. 1 – Steuergeheimnis
- § 30 Abs. 4 Nr. 2 – Verwendung steuerlich geschützter Daten, wenn durch **Bundesgesetz** erlaubt.
- § 1 Abs 2 Nr. 6 AO: Unmittelbare Anwendung von § 249 Abs. 2 Satz 2 AO
- Für Grund- und Gewerbesteuer

## AO im Landesrecht

- Anwendbarkeit des § 30 AO über § 3 Abs. 1 Nr. 1 als Landesrecht
- Verwendung steuerlich bzw. abgabenrechtlicher Informationen für andere Zwecke  
§ 25h LVwVG
- Für Ansprüche nach dem KAG





## § 25i – Ermittlung des Aufenthaltsortes des Vollstreckungsschuldners – Abs. 1

- Sofern die Ermittlung des Wohnortes/ gewöhnlichen Aufenthaltsortes **nicht** aus dem Melderegister möglich ist dürfen die Vollstreckungsbehörden Auskunftersuchen richten an:
- Ausländerzentralregister oder aktenführende Ausländerbehörde
- Bei Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung
- Beim Kraftfahrtbundesamt die Halterdaten nach § 33 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StVG



## § 25i – Ermittlung des Aufenthaltsortes des Vollstreckungsschuldners – Abs. 2

- Gegenwärtige Anschriften, Ort der Hauptniederlassung, Sitz des Schuldners dürfen wie folgt ermittelt werden:
- im Handels-, Genossenschafts-, Gesellschafts-, Partnerschafts-, Unternehmens- und Vereinsregister
- Bei den nach § 14 Abs. 1 GewO zuständigen Behörden



## § 25i – Ermittlung des Aufenthaltsortes des Vollstreckungsschuldners – Abs. 3

- Die nach Abs. 1 und Abs. 2 erhobenen Daten dürfen an weitere Vollstreckungsbehörden weitergegeben werden sofern
- die Voraussetzungen für die Abfrage dort ebenfalls vorliegen
- die Daten nicht älter als drei Monate sind



## § 25i – Ermittlung des Aufenthaltsortes des Vollstreckungsschuldners – Abs. 4

- Einschränkung bei Unionsbürgern: Das AZR bzw. die Ausländerbehörde dürfen nur angefragt werden, wenn der Verlust des Freizügigkeitsrechts vermutet wird
- Trifft die Vermutung nicht zu, darf die Behörde keine Auskunft erteilen





## § 25j – Weitere Vermögensermittlung

- Arbeitgeberermittlungen bei der DRV
- Ermittlung Fahrzeug- und Halterdaten beim KBA

dürfen ermittelt werden wenn:



## § 25j – Weitere Vermögensermittlung

- Die Ladung zur Abgabe der Vermögensauskunft nicht zustellbar ist
- Der Ladung zur Abgabe der Vermögensauskunft nicht Folge geleistet wird
- Eine Befriedigung nach der vorliegenden Vermögensauskunft nicht zu erwarten ist



## § 25j – Weitere Vermögensermittlung

- Datenabfragen nach § 25j sind stets nachrangig
- Vorrangig ist das Verfahren zur Abgabe der Vermögensauskunft!



## § 55 Abs. 1 - Pfändungsschutz

1. Anpassungen Schutzvorschriften P-Konto
2. **Abs. 1 Satz 2: Herabsetzung**  
**Pfändungsfreibeträge: Neben Bußgeldern ist das zukünftig auch für die damit verbundenen Nebenforderungen möglich**
3. **Klarstellung, dass dies auch bei P-Konten zulässig ist**
4. **Klarstellung, dass für einige Maßnahmen beim P-Konto das Vollstreckungsgericht zuständig ist**



# Neuer Gebührentatbestand in der LVwVGKostO

- § 1 in Verbindung mit § 7b:
- Gebühren für die Ermittlung des Aufenthaltsorts und für die weitere Vermögensermittlung (§§ 25i, 25j)

14,00 €



# Festsetzung eines Beitrags für die Betreibung von Rundfunkbeiträgen

- 25,00 €
- 27,00 €



# „weniger wichtige“ Änderungen

---



## § 6 LVwVG – Vollstreckungsschuldner, Vollstreckung in besondere Vermögensmassen

- Anpassungen erforderlich wegen
- Anerkennung Rechtsfähigkeit eines nicht rechtsfähigen Vereins (MoPeG), § 54 BGB
- Modernisierung des Personengesellschaftsrechts für GbR (MoPeG)
- Vollstreckung gegen Ehegatten, die nach dem Recht der DDR am 03.10.1990 im Güterstand der Eigentums- und Vermögensgemeinschaft leben





# § 20a LVwVG – Vollstreckung durch Gerichtsvollzieher

**Gilt nur für Landesbehörden**



## § 25a – Vermögensauskunft des Vollstreckungsschuldners

- Redaktionelle Anpassung wegen Änderungen Schutzvorschriften Sachpfändung in ZPO  
§ 811 Abs. 1 Nr. 1 a und Abs. 2 ZPO



## § 33 – Unpfändbare Sachen **und Tiere**, Anschlusspfändung...

- Ergänzung der Überschrift zur Konkretisierung wegen § 90a BGB
- Anpassung der zitierten Rechtsnormen wegen Änderung des § 811 ZPO zur Pfändung von Sachen



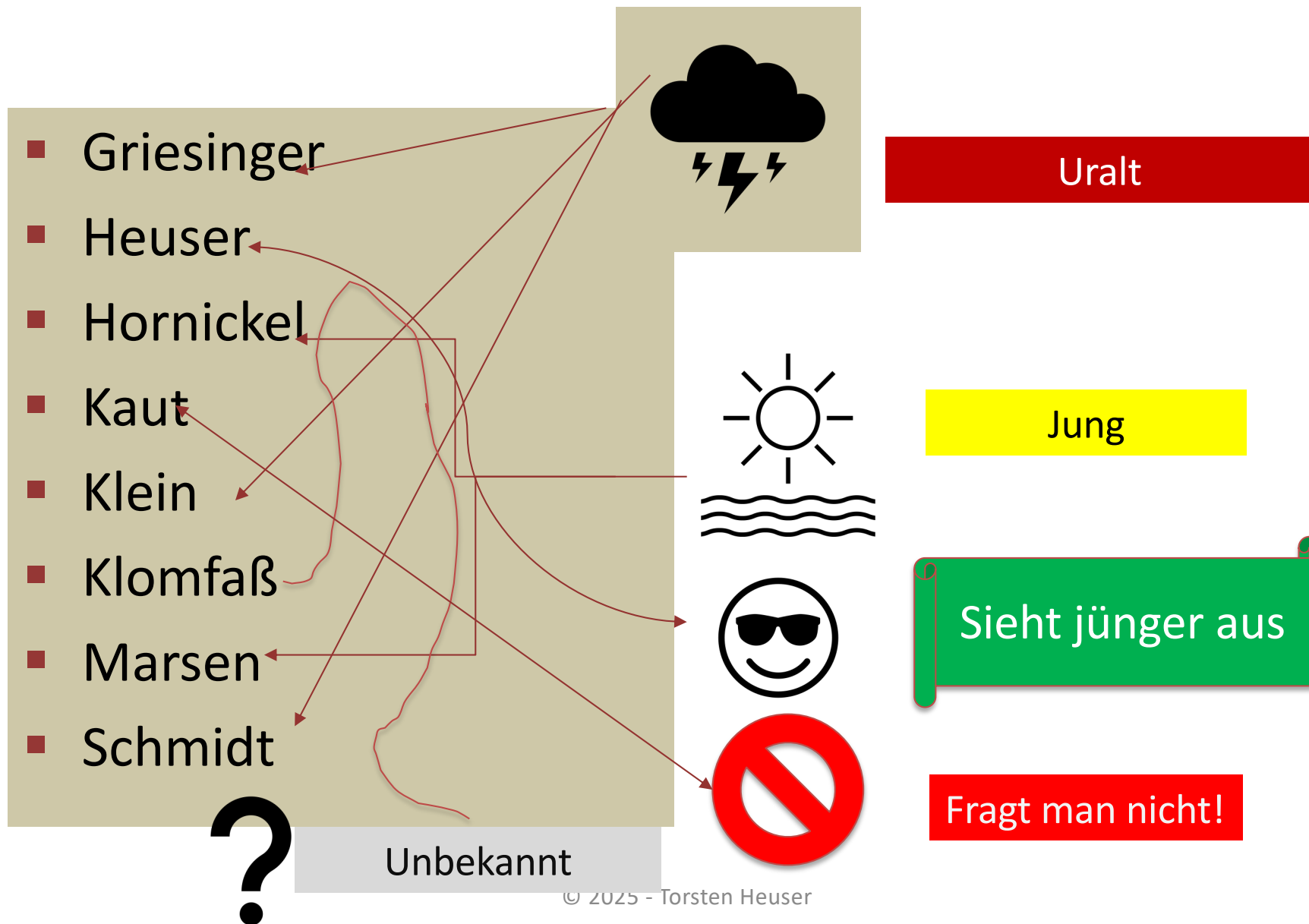
# Änderungen aus Reform P-Konto zum 01.12.2021

- § 48 – Überweisungsverfügung: „Vier Wochen“ wird durch „einen Monat“ ersetzt
- § 49 – Wirkung der Überweisung – redaktionelle Änderungen
- § 52 – Erklärungspflicht des Drittschuldners – redaktionelle bzw. inhaltliche Anpassungen



# Interesse an einer Mitarbeit?

---





# Behördenaktenübermittlungs- verordnung

---

BGBl. I 2025 vom 05.05.2025, Nr. 125



# Übersendung an Gerichte

- Übersendung auf sicherem Übermittlungsweg
- Den Dokumenten der elektronischen Akte soll bei der Übermittlung ein maschinenlesbarer Datensatz im Format XML beigefügt werden.
- Mindestinhalte: Daten nach § 2 Abs. 3 ERRV, Aktenzeichen, Reihenfolge der beigefügten Dokumente und Einagangsdatum der Dokumente in der Akte





# Übersendung an Gerichte

- Dokumente im PDF-Format, soweit technisch möglich in digital durchsuchbarer Form
- Weitere Details in der Verordnung
- Pflicht zur elektronischen Übermittlung ab 01. Januar 2028



Vielen Dank für Ihre  
Aufmerksamkeit

---

[Torsten.Heuser@kassenverwalter.de](mailto:Torsten.Heuser@kassenverwalter.de)